

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
auf Annahme einer Entschließung

Perspektiven für afghanische Wissenschaftler*innen und Studierende in Berlin jetzt schaffen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, über die Einstein Stiftung Berlin ein Programm zur Aufnahme und zur finanziellen Unterstützung afghanischer Wissenschaftler*innen und Studierender aufzulegen und eine angemessene Finanzierung sicherzustellen.

Wo bestehende Mittel zum Schutz verfolgter Wissenschaftler*innen bereits verausgabt oder verplant sind, sind diese aufzustocken. Darüber hinaus sollen Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Geldgebern, insbesondere mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, geprüft werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 15. September 2021 zu berichten.

Begründung:

Die aktuelle Sicherheitslage in Afghanistan erfordert ein umgehendes Handeln aller staatlichen Stellen in Deutschland, um für möglichst viele Verfolgte aus Afghanistan eine sichere Bleibeperspektive zu schaffen. Wissenschaftler*innen und Studierende, insbesondere Wissenschaftlerinnen und Studentinnen, sind besonders von Verfolgung betroffen und sollten über eine Anbindung an Hochschulen und Forschungsprojekte in Berlin und Deutschland geschützt werden.

Berlin, den 31. August 2021

Saleh Dr. Czyborra
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Helm Schatz Schulze
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Plonske
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen